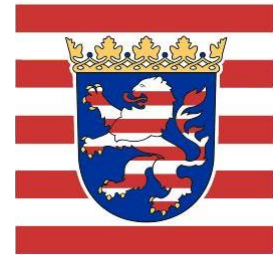




**HESSEN**



# **Bericht aus Brüssel**

**07/2021 vom 09.04.2021**

**Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)**

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Ausschuss der Regionen.....	5
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	6
Energie.....	7
Digital.....	8
Forschung.....	9
Finanzdienstleistungen.....	10
Finanzen.....	10
Soziales.....	11
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	12
Umwelt.....	13
Landwirtschaft.....	14
Justiz.....	15
Inneres.....	16
Bildung und Kultur.....	17
Information, Kommunikation und Medien.....	17
EU-Förderprogramme.....	17
Veranstaltungen.....	18
Vorschau.....	19

## Institutionelles

### **Digitale Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas gebilligt**

Der Exekutivausschuss der Konferenz zur Zukunft Europas hat am 07.04.2021 die Vorbereitungen für den Start der Konferenz fortgesetzt und die mehrsprachige digitale Plattform gebilligt, die am 19.04.2021 an den Start gehen soll. Diese Plattform soll den Menschen aus der gesamten EU ermöglichen, ihre Ideen in einer offenen und inklusiven Debatte zur Konferenz beizutragen. Diese Plattform soll der Ort sein, an dem alle Beiträge zur Konferenz zusammengeführt und geteilt würden, einschließlich dezentraler Veranstaltungen, der europäischen Bürgerforen sowie der Plenarsitzungen der Konferenz. Ein besonderer Feedback-Mechanismus werde die zentralen Ideen sammeln und analysieren. Darüber hinaus werde die Plattform Informationen über die Struktur und die Arbeit der Konferenz sowie Ressourcen zur Organisation von Veranstaltungen bereitstellen, einschließlich eines Katalogs der wichtigsten Ereignisse. Damit können die Initiativen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene beworben und gefördert werden. Ferner hat der Exekutivausschuss die Vorbereitungen für die Eröffnungsveranstaltung am 09.05.2021 vorangetrieben.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT\\_21\\_1624](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_21_1624)

## Corona

### **Kommission; Genehmigung erster Unterstützungsmaßnahmen aus REACT-EU für NDL und AUT**

Die Kommission genehmigte am 06.04.2021 die ersten Maßnahmen im Rahmen von REACT-EU (vgl. BaB 23/2020). Diese Maßnahmen beinhalten konkret die Änderungen von vier operationellen Programmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in NDL und AUT als auch die Aufstockung der für Investitionen verfügbaren Finanzmittel um fast 262 Mio. EUR. NDL und AUT könnten somit als erste Mitgliedstaaten, die REACT-EU Mittel tatsächlich in Anspruch nehmen. Das Programm REACT-EU stockt die kohäsionspolitischen Programme in 2021 und 2022 insgesamt für alle Mitgliedstaaten um 47,5 Mrd. EUR auf. Die Mittel sind Teil des Wiederaufbauprogramms „NextGenerationEU“. Die Auszahlung der Mittel hängt daher letztendlich vom Abschluss der internen Verfahren der Mitgliedstaaten zur Genehmigung des Eigenmittelbeschlusses ab, der es der Kommission erlauben wird, Mittel auf den Kapitalmärkten aufzunehmen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_1541](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_1541)

### **Kommission; Genehmigung der Beihilfen zur Rekapitalisierung von Air France**

Die Kommission genehmigte am 06.04.2021 den von FRA bei der Kommission angemeldeten Betrag von bis zu 4 Mrd. EUR zur Rekapitalisierung von Air France mittels ihrer Holdinggesellschaft. Die Genehmigung erfolgte auf der Grundlage des Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen. Mit Hilfe der Unterstützungsmaßnahme soll die Bilanzpositionen und die Liquidität der Air France und ihrer

Holdingsgesellschaft, die durch die Corona-Pandemie stark geschwächt wurden, wiederhergestellt werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_1581](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_1581)

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **EU; Von der Leyen und Michel besuchen türkischen Präsidenten Erdogan**

Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel haben am 06.04.2021 den Präsidenten der Türkei Recep Erdogan in Ankara besucht. Thema des Besuchs waren die zukünftigen Beziehungen beider Seiten. Von der Leyen machte die zukünftigen Beziehungen an vier Eckpunkten fest: eine gestärkte ökonomische Verbindung, zu der auch eine überarbeitete Zollunion zählen soll; High-Level Dialoge, in denen der Kampf gegen den Klimawandel besprochen werden soll; der Bürger-zu-Bürger-Kontakt in EU-Programmen wie Erasmus+ und schließlich der Bereich Migration und Flüchtlinge, in dem sich die EU auch weiterhin um die syrischen Flüchtlinge und Gastgemeinden in der Türkei kümmern will. Besonders betont wurde an dieser Stelle auch die absolute Notwendigkeit für die Türkei, sich an Menschenrechte und demokratische Werte zu halten. Dies sei eine Voraussetzung für eine nachhaltige und stabile Partnerschaft, so von der Leyen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement\\_21\\_1603](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_21_1603)

### **EEAS; EU und VN richten fünfte Brüsseler Konferenz für die Unterstützung der Zukunft Syriens aus**

Am 29. und 30.03.2021 fand die fünfte Brüsseler Konferenz für die Unterstützung der Zukunft Syriens statt, die von der EU und der UN veranstaltet wurde. An der Geberkonferenz nahmen über 80 Nationen und internationale Organisationen teil, um über die Zukunft des vom andauernden Konflikt geschädigten Syrien zu debattieren. Die Konferenz war dahingehend erfolgreich, als dass sie humanitäre Hilfe in Höhe von 5,3 Milliarden EUR mobilisieren konnte. Die EU beteiligte sich mit insgesamt 3,7 Milliarden EUR an diesem Betrag, von denen 1,12 Milliarden EUR direkt von der Europäischen Kommission gestellt wurden und weitere 2,6 Milliarden EUR von den Mitgliedsstaaten. Bereits in den vergangenen Jahren kamen auf diese Weise etwa 25 Milliarden EUR zusammen, die bereits zur Hilfe in Syrien eingesetzt wurden. Die relevanten Akteure debattierten auch über eine politische Lösung des andauernden Konflikts. Darüber hinaus einigten sich die Teilnehmer darauf, die Kommunikation mit der syrischen Zivilgesellschaft zu intensivieren.

[https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/95996/brussels-v-'supporting-future-syria-and-region'-opening-remarks-hrvp-josep-borrell-ministerial\\_en](https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/95996/brussels-v-'supporting-future-syria-and-region'-opening-remarks-hrvp-josep-borrell-ministerial_en)

### **Kommission; NATO-Außenministertreffen zu Russland**

Am 24.03.2021 kamen die NATO-Außenministerinnen und -minister zusammen, um die Beziehungen mit Russland angesichts der neusten Moskauer Provokationen an Russlands Grenzen zu diskutieren. Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, war ebenfalls zugegen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hielten fest, dass die Beziehungen zu Russland weiterhin schwierig blieben, während das Treffen gezeigt habe, dass die Alliierten und Partner eine einheitliche und geschlossene Haltung gegenüber Russland haben. Die Außenministerinnen und -minister stellten fest, dass Russland weiterhin gegen Menschenrechte verstosse und politische Oppositionelle unterdrückt würden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer riefen Russland nochmals dazu auf, Alexej Nawalnyj

und alle anderen friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten, die inhaftiert wurden, unverzüglich freizulassen. Russland unterwandere und destabilisiere seine Nachbarstaaten wie z.B. in der Ukraine, in Georgien oder in Moldau. Zudem unterstütze es die Unterdrückung der Zivilgesellschaft in Belarus. Die NATO habe mit ihren Partnern nie dagewesene Maßnahmen zur Cybersicherheit unternommen und wolle zudem den Waffenhandel mit Russland noch effektiver limitieren..

[https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions\\_182510.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_182510.htm)

### **EU; China verhängt Gegensanktionen gegen EU-Akteure**

Am 22.03.2021 hat China als Reaktion auf die EU-Sanktionen gegen chinesische Amtsträger Gegensanktionen gegen EU-Bedienstete verhängt. Betroffen sind u.a. die deutschen MdEPs Reinhard Bütikofer (Grüne) und Michael Gahler (EVP) sowie der deutsche Gelehrte Adrian Zenz. Zudem wurden das Politische und Sicherheitskomitee des Rates der EU, der Unterausschuss für Menschenrechte des EP und das Mercator-Institute für Chinastudien in Deutschland sanktioniert. Den betroffenen Personen und ihren Familien ist die Einreise auf das chinesische Festland, Hongkong und Macau zukünftig untersagt.

[https://www.fmprc.gov.cn/mfa\\_eng/xwfw\\_665399/s2510\\_665401/2535\\_665405/t1863106.shtml](https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/xwfw_665399/s2510_665401/2535_665405/t1863106.shtml)

## Ausschuss der Regionen

### **AdR; CIVEX-Fachkommissionsitzung**

Am 30.03.2021 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Strategie für eine verstärkte Anwendung der Grundrechtecharta in der EU“. Darüber hinaus fanden Meinungsaustausche zu folgenden Themen statt: „Europäischer Aktionsplan für Demokratie“ sowie zum „Erneuerte Partnerschaft mit der südlichen Nachbarschaft“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2173949&meetingSessionId=2216781>

## Wirtschaft

### **Kommission; Bekanntgabe der Evaluierungsergebnisse und Folgemaßnahmen zu Zuständigkeits- und Verfahrensaspekten der EU-Fusionskontrolle**

Die Kommission hat am 26.03.2021 eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Bewertung von Verfahrens- und Zuständigkeitsaspekten der EU-Fusionskontrolle in einer Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen veröffentlicht. Die EU-Fusionskontrolle soll sicherstellen, dass erhebliche Strukturveränderungen bei den Unternehmen den Wettbewerb im Binnenmarkt nicht dauerhaft beeinträchtigen. Das am 05.12.2013 erlassene Vereinfachungspaket der Kommission führte im Ergebnis zu einem geringeren Verwaltungsaufwand, da unproblematische Zusammenschlüsse nach dem vereinfachten Verfahren geprüft werden können. Die Evaluierung ergab zudem, dass durch die umsatzbasierten Aufgreifschwelle, ergänzt durch Verweisungsmechanismen, wichtige Zusammenschlüsse im Binnenmarkt erfasst wurden. Jedoch wurden einige Zusammenschlüsse nicht erfasst, da diese zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses noch geringe Umsätze erzielten. Auf den

betreffenden Märkten hätten diese jedoch laut Kommission durchaus Potential, eine bedeutendere Rolle im Wettbewerb zu spielen.

[https://ec.europa.eu/competition/consultations/2021\\_merger\\_control/SWD\\_findings\\_of\\_evaluation.pdf](https://ec.europa.eu/competition/consultations/2021_merger_control/SWD_findings_of_evaluation.pdf)

### **Kommission; Konsultationen zur Überarbeitung von Fusionskontrollverfahren**

Die Kommission hat am 26.03.2021 eine bis zum 18.06.2021 laufende öffentliche Konsultation zur Verbesserung der Verfahren der EU-Fusionskontrolle gestartet. Ziel der Initiative ist es, die EU-Fusionskontrolle in Fällen, die wahrscheinlich keinen Anlass zu wettbewerbsrechtlichen Bedenken geben noch effizienter und weniger aufwändig zu gestalten. Des Weiteren soll der Kommission ermöglicht werden, mehr Ressourcen für die Fälle bereitzustellen, in denen eine eingehende Untersuchung erforderlich ist. Zusätzlich kann zum entsprechenden Fahrplan der Kommission bis zum 23.04.2021 Stellung genommen werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12957-Revision-of-certain-procedural-aspects-of-EU-merger-control>

## V e r k e h r

### **Rat; informelle Videokonferenz der EU-Verkehrsministerinnen und -minister**

Am 30.03.2021 kamen die Verkehrsministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten zu einer Videokonferenz zusammen, um über die Weiterentwicklung und Modernisierung des Schienenverkehrs in der gesamten Europäischen Union zu diskutieren. Die Ministerinnen und Minister tauschten sich über die Förderung der Nutzung des Schienennetzes für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen aus, um somit dem Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 näher zu kommen. Der portugiesische Minister für Infrastruktur und Wohnungsbau, Pedro Nuno Santos, erklärte nach der Konferenz, dass in den Mitgliedsstaaten Einigkeit über die Relevanz höherer Investitionen in das Schienennetz herrscht. Als einen Hauptgrund für eine Stagnation bei der Zunahme des Schienengüterverkehrs und Personenverkehrs in den letzten 30 Jahren nannte er mangelnde Investitionen. Daher sei es wichtig, die Ressourcen für notwendige Investitionen zu mobilisieren.

<https://www.2021portugal.eu/en/events/presidency-event-informal-video-conference-of-transport-ministers/>

### **Kommission; Vorlage eines Entwurfs für eine delegierte Verordnung zur Fahrzeugsicherheit**

Die Kommission legte am 31.03.2021 den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge im Hinblick auf ihre allgemeine Sicherheit und den Schutz der Fahrzeuginsassen und von ungeschützten Verkehrsteilnehmern vor. In dem Entwurf der delegierten Verordnung geht es um die Festlegung der Anforderungen und Testverfahren für die Zulassung von Fahrzeugen, die mit der Intelligenten Geschwindigkeitsassistenten (ISA) ausgestattet sind. ISA ist eine fortschrittliche Sicherheitsfunktion, die Fahrzeuge daran hindert, die festgelegte Höchstgeschwindigkeit zu überschreiten. Dies soll helfen, Kollisionen auf Europas Straßen zu reduzieren. Ab Mai 2022 muss ISA in allen verkauften Neufahrzeugen eingebaut werden. Eine Rückmeldung zum Entwurf ist bis zum 28.04.2021 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12222-Technical-requirements-and-test-procedure-for-approval-of-intelligent-speed-assistance-ISA-](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12222-Technical-requirements-and-test-procedure-for-approval-of-intelligent-speed-assistance-ISA)

## E n e r g i e

### **Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für Gasnetze**

Die Kommission leitete am 26.03.2021 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Gasvorschriften für den Marktzugang bei Gasnetzen ein. Diese Initiative hat das Ziel, den Markteintritt von erneuerbaren und kohlenstoffarmen Gasen zu erleichtern und unangemessene regulatorische Hindernisse zu beseitigen. Neben der Einhaltung des Europäischen Green Deals soll somit auch ein vollständig funktionierender Energiebinnenmarkt gewährleistet werden. Die Konsultationsfrist endet am 18.06.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12911-Revision-of-EU-rules-on-Gas>

### **Kommission; Genehmigung der Beihilfen für Offshore-Windenergie in DEU**

Die Kommission hat am 29.03.2021 eine von DEU angemeldete Betriebsbeihilferegelung zum weiteren Ausbau der Offshore-Windenergieerzeugung zunächst bis 2026 genehmigt. Mit der Beihilferegelung ist bis 2030 eine Erhöhung der installierten Offshore-Windkapazität von 15 Gigawatt (GW) auf 20 GW vorgesehen. Bis 2040 wird eine installierte Offshore-Kapazität von 40 GW angestrebt. Wie die bestehende Regelung basiert auch die neue Beihilferegelung auf einem zentralisierten Modell. Der Staat trifft demnach eine Vorauswahl und schreibt bestimmte Standorte für die Entwicklung der Offshore-Windenergie aus.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210329-offshore-windenergie-deutschland\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210329-offshore-windenergie-deutschland_de)

### **Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden**

Die Kommission hat am 30.03.2021 eine bis zum 22.06.2021 laufende öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden gestartet. Im Rahmen der Strategie zur Renovierungswelle zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden vom 14.10.2020 stellte die Kommission einen Aktionsplan mit Regulierungs-, Finanzierungs- und Ermöglichungsmaßnahmen vor (vgl. BaB 19/2020). Die Überarbeitung der o.g. Richtlinie dient der Umsetzung dieses Aktionsplans.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12910-Revision-of-the-Energy-Performance-of-Buildings-Directive-2010-31-EU>

### **Kommission; Einleitung eines Prüfverfahrens zu mutmaßlich wettbewerbswidrigen Verhaltensweisen der Strombörse EPEX Spot**

Am 30.03.2021 hat die Kommission ein förmliches Prüfverfahren eingeleitet zur Feststellung, ob die Strombörse EPEX Spot SE (EPEX Spot), mit Sitz in Paris, ihre marktbeherrschende Stellung ausgenutzt hat, um Wettbewerber auf dem Markt für Dienstleistungen zur Erleichterung des Intraday-Stromhandels in mindestens sechs Mitgliedstaaten (BEL, DEU, FRA, LUX, NDL und AUT) zu behindern. Auf den Intraday-Märkten handeln Anbieter und Abnehmer in wenigen Stunden vor der Einspeisung des Stroms ins Netz. Mit dem Prüfverfahren soll untersucht werden, ob EPEX Spot eine Abschottungspraktik anwendete, die gegen die EU-Kartellvorschriften verstößt, um Wettbewerber durch Einschränkung des vollen Zugangs ihrer Kunden zur Liquidität



des Intraday-Marktes vom Markt auszuschließen. Diese Verhaltensweise könnte die Preise für Handelsdienstleistungen beeinflussen und zu höheren Strompreisen für Verbraucher und zu einer Verzögerung bei der Ökologisierung der Stromversorgung führen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1523](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1523)

## Digital

### **Rat; Konnektivitäts-Toolbox für die Mitgliedstaaten**

Die Kommission hat am 26.03.2021 eine europäische „Konnektivitäts-Toolbox“ veröffentlicht, auf die sich die Mitgliedstaaten geeinigt haben. Sie enthält bewährte Praktiken für den Ausbau von Fest- und Mobilfunknetzen wie z.B. Genehmigungsausnahmen für bestimmte Bauarbeiten, ein Online-Portal, das alle notwendigen Informationen zu Genehmigungen, Bauarbeiten und Infrastrukturen zur Verfügung stellt und finanzielle Anreize bei Frequenzversteigerungen. Die Mitgliedstaaten werden zudem ermutigt, die Installation von Netzelementen, die insbesondere für 5G relevant sind, zu erleichtern, indem sie den Betreibern einen besseren Zugang zur öffentlichen Infrastruktur gewähren (ähnlich wie es der Europäische Kodex für elektronische Kommunikation bereits für kleine Zellen vorsieht). Darüber hinaus enthält die Toolbox Maßnahmen, um die Streitbeilegung zwischen den am Netzausbau beteiligten Akteuren transparenter und effizienter zu gestalten. Die Mitgliedsstaaten werden außerdem aufgefordert, Initiativen zu ergreifen, um negative Umweltauswirkungen zu begrenzen und die Nachhaltigkeit der Netze zu verbessern. Die bewährten Verfahren sollen dazu beitragen, einen rechtzeitigen und investitionsfreundlichen Zugang zu 5G-Frequenzen für Mobilfunkbetreiber und andere Frequenznutzer zu gewährleisten, auch für grenzüberschreitende industrielle Anwendungen, z.B. in den Bereichen Verkehr, Energie, Gesundheitswesen oder Landwirtschaft. Für die Betreiber sollen sie die Kosten für die Einführung von Gigabit-Breitband senken. Bis zum 30.04.2021 sollen die Mitgliedstaaten der Kommission nationale Fahrpläne zur Umsetzung der Toolbox vorlegen und ein Jahr später über die Umsetzung berichten.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/connectivity-toolbox>

### **Kommission; neue Empfehlung zur Notifizierung nach dem Kodex für elektronische Kommunikation**

Die Kommission hat am 30.03.2021 die Empfehlung (EU) 2021/554 über Form, Inhalt, Fristen und Ausführlichkeit der Notifizierungen gemäß den Verfahren nach Artikel 32 der Richtlinie (EU) 2018/1972 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation angenommen. Nach Artikel 32 des Kodex müssen die nationalen Regulierungsbehörden bestimmte Maßnahmen, z.B. Verpflichtungen der Anbieter zu Interoperabilität, der Kommission notifizieren. Diese Notifizierung stellt eine wesentliche Formvorschrift dar; ihre Nichteinhaltung kann zur Nichtigerklärung der Maßnahme nach nationalem Recht führen. Die nun beschlossene Empfehlung der Kommission ersetzt die bisherige Empfehlung 2008/850/EG und aktualisiert die geltenden Leitlinien für das Notifizierungsverfahren. So nennt sie z.B. die Mindestangaben für die Maßnahmenentwürfe der nationalen Behörden, damit diese angemessen geprüft werden können.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021H0554&from=EN>



### **Kommission; Forschung; Marie-Curie-Fellowships; Förderung**

Die Kommission hat am 26.03.2021 bekannt gegeben, dass 2.885 Forscherinnen und Forschern das sogenannte Exzellenzsiegel für die herausragende Qualität ihrer Forschungsvorschläge verliehen wird, wengleich sie wegen der Überzeichnung des Programms nicht mit einem Marie-Curie-Individual Fellowship (IF) unterstützt werden können. Die Marie Skłodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) leisten einen wichtigen Beitrag in der europäischen Forschung, um Grundlagen für die Spitzenforschung zu schaffen. Die Kommission hatte Mitte Februar 2021 erklärt, dass sie insgesamt 1.630 MSCA-Forschungsprojekte von Postdoktoranden finanzieren wird. Doch Forscherinnen und Forscher, die das von der Kommission vergebene Exzellenzsiegel tragen, haben dank dieser Auszeichnung die Möglichkeit, alternative Finanzierungsoptionen für ihre Forschungsvorhaben zu suchen. Ab Januar 2021 fördert auch das Land Hessen über das Ministerium für Wissenschaft und Kunst auf Antrag mehrere Forscherinnen und Forscher für die Durchführung exzellenter Forschungsvorhaben in Hessen. Forschende mit Exzellenzsiegel können beim HMWK gemeinsam mit ihrer jeweiligen hessischen Forschungseinrichtung (bzw. Hochschule oder Unternehmen) einen Antrag auf ein „Marie-Sklodowska-Curie-Stipendium Hessen“ zur Durchführung ihres Forschungsvorhabens in Hessen stellen. Ein Antrag kann seitens der antragstellenden hessischen Einrichtung (z.B. Hochschule) innerhalb von vier Monaten nach Erteilung des Exzellenzsiegels beim HMWK gestellt werden. Die MSCA gelten als eine der Erfolgsgeschichten der EU-Forschungsförderung und wurden im neuen EU-Rahmenprogramm Horizont Europa verankert. Das hessische Stipendienprogramm gilt auch für Bewerbungen anlässlich der nächsten Ausschreibungsrunde der EU im Mai 2021.

[hessenlink.de/curie](https://hessenlink.de/curie) ; [https://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/news/msca-seal-excellence-awarded-2885-individual-researchers\\_en](https://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/news/msca-seal-excellence-awarded-2885-individual-researchers_en)

### **Kommission; Forschung; Einrichtung der Datenbank „Open Research Europe“**

Am 01.04.2021 ist die von der Kommission verantwortete Datenbank „Open Research Europe“ an den Start gegangen. Bereits Anfang Januar 2021 war die Datenbank von der Generaldirektion Forschung und Innovation der Kommission angekündigt worden (vgl. BaB 1/2021). Die Nutzung von Open Research Europe ist im Rahmen von EU-Forschungsprojekten zwar nicht verpflichtend, bietet aber klare Vorteile wie die Einhaltung der Open Access-Vorgaben des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont 2020 (und dessen Nachfolgerprogramm Horizont Europa). Die entsprechenden Publikationsgebühren von ca. 800 EUR pro Forschungsartikel sollen direkt von der Kommission beglichen werden. Für eine Einreichung von Artikeln muss mindestens eine Autorin bzw. ein Autor an einem laufenden oder abgeschlossenen Horizon-Projekt beteiligt sowie der eingereichte Artikel ein Ergebnis dieses Projekts sein. Einreichungsfähig sind nur Publikationen, die zuvor noch nicht anderweitig veröffentlicht wurden. Für die verschiedensten Disziplinen werden Berichte entgegengenommen. „Open Research Europe“ bietet allen – der Forschungsgemeinschaft sowie Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen – kostenlosen Zugang zu den jüngsten wissenschaftlichen Entdeckungen. Die Kommission erklärte, die Einrichtung der Datenbank sei eine direkte Reaktion auf die Schwierigkeiten, die häufig mit der Veröffentlichung wissenschaftlicher Ergebnisse verbunden sind – wie z.B. Verzögerungen und Hindernisse für die Weiterverwendung von Ergebnissen und Kosten.

<https://open-research-europe.ec.europa.eu/>

## Finanzdienstleistungen

### **Kommission; Konsultation zur Förderung von Sofortzahlungen**

Die Kommission hat am 31.03.2021 eine öffentliche Konsultation über Sofortzahlungen in der EU gestartet. Die Rückmeldungen fließen in Überlegungen über Hindernisse und mögliche Maßnahmen ein, um Sofortzahlungen in der EU breit verfügbar zu machen. Bei Sofortzahlungen stehen dem Empfänger Geldmittel innerhalb von Sekunden, 24 Stunden am Tag, an jedem Tag des Jahres, zur Verfügung. Die Konsultation knüpft an die „EU-Strategie für den Massenzahlungsverkehr“ der Kommission an. Ziel dieser Strategie ist es, den europäischen Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen mehr Auswahl an sicheren, schnellen und zuverlässigen Zahlungsdiensten zu bieten. Die Konsultation läuft bis zum 23.06.2021.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210331-konsultation-sofortzahlungen\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210331-konsultation-sofortzahlungen_de)

### **Kommission; Veröffentlichung des Jahresberichts der ESAs für 2020**

Der Gemeinsame Ausschuss der Europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs) veröffentlichte am 07.04.2021 seinen Jahresbericht, der einen detaillierten Überblick über die gemeinsame Arbeit in 2020 gibt. Zu den ESAs gehören die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) sowie die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA). Der Ausschuss habe im vergangenen Jahr eine zentrale Rolle gespielt, um eine enge Zusammenarbeit der Behörden während der COVID-19-Pandemie sicherzustellen. Zusätzlich erstellte der Ausschuss die erste sektorenübergreifende COVID-19-Risikobewertung. Eine weitere Schlüsselpriorität der ESAs sei nach wie vor der Verbraucherschutz und auch die Beratung der Kommission in diesem Kontext. Darüber hinaus habe der Gemeinsame Ausschuss einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des Rahmens für nachhaltige Finanzen geleistet. Weitere wichtige Themen waren zudem technologische Innovationen und Cybersicherheit sowie die Bereiche Verbriefung und Finanzkonglomerate.

[https://www.esma.europa.eu/sites/default/files/library/joint\\_committee\\_-\\_annual\\_report\\_2020.pdf](https://www.esma.europa.eu/sites/default/files/library/joint_committee_-_annual_report_2020.pdf)

## Finanzen

### **Kommission; Konsultation zur Tabakbesteuerung in der EU**

Am 30.03.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation dazu gestartet, wie die EU-Vorschriften zur Besteuerung von Tabakwaren überarbeitet werden sollten. Sie bemängelt, die bisherigen Mindeststeuersätze für Tabakerzeugnisse hätten ihre Wirkung verloren und die unterschiedlichen Steuersätze zwischen den Mitgliedstaaten führten zu übermäßigen grenzüberschreitenden Käufen und gäben Anreiz zu betrügerischem Handeln. Außerdem seien die derzeitigen Vorschriften nicht auf die Marktentwicklung und den Markteintritt neuer Produkte, wie z.B. E-Zigaretten, abgestimmt. Die EU-Vorschriften sollen nun überarbeitet werden, um das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes und gleichzeitig ein hohes Gesundheitsschutzniveau zu gewährleisten. Die Initiative der Kommission ist Teil des europäischen Plans gegen den Krebs. Die Konsultation läuft bis zum 22.06.2021.

### **EuRH; Sonderbericht zu Zollkontrollen**

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) veröffentlichte am 30.03.2021 seinen Sonderbericht „Zollkontrollen: Unzureichende Harmonisierung ist den finanziellen Interessen der EU abträglich“. Der Hof stellte darin fest, dass die EU Zolleinnahmen verliert, weil die Einfuhrkontrollen in den verschiedenen Mitgliedstaaten (MS) uneinheitlich gehandhabt werden. Zwar sei der neue Durchführungsbeschluss der Kommission über gemeinsame Kriterien und Standards für finanzielle Risiken mit den zugehörigen Leitlinien ein wichtiger Schritt hin zur einheitlichen Anwendung der Kontrollen. Dennoch könne dieser Rahmen kein harmonisiertes Vorgehen der MS bei der Auswahl der Kontrollen sicherstellen. Zusätzlich setzten die MS den genannten Beschluss und die Leitlinien auf unterschiedliche Weise um. Unternehmen könnten dies ausnutzen, um für die Verzollung gezielt EU-Staaten mit weniger scharfen Kontrollen auszuwählen. Darüber hinaus kritisiert der Hof, dass einige MS die eigentlich vorgesehene Risikoanalyse nicht für alle Zollanmeldungen durchführen. So könne eine vorrangige Kontrolle besonders risikobehafteter Einfuhren unterbleiben. Der Hof empfiehlt der Kommission, die einheitliche Anwendung von Zollkontrollen zu verbessern und eine umfassende Analyse- und Koordinierungskapazität auf EU-Ebene zu entwickeln.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=58256>

### **Kommission; Leitfaden zur Vermeidung von Interessenkonflikten bei der Verwendung von EU-Mitteln**

Die Kommission hat am 07.04.2021 einen Leitfaden veröffentlicht, um Interessenkonflikte bei der Verwendung von EU-Mitteln sowohl innerhalb der EU-Institutionen als auch in den Mitgliedstaaten (MS) zu vermeiden oder zumindest angemessen zu steuern. Zu diesem Zweck umfasst der Leitfaden praktische Beispiele, Vorschläge und Empfehlungen. Die entsprechenden Regeln waren zuletzt 2018 verschärft worden und gelten ausdrücklich auch für die Behörden der MS und jegliche Personen, die EU-Mittel im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung umsetzen. Der Leitfaden soll diese Maßnahmen zum Schutz der finanziellen Interessen der EU weiter stärken.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about\\_the\\_european\\_commission/eu\\_budget/1\\_de\\_act\\_part1\\_v4.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about_the_european_commission/eu_budget/1_de_act_part1_v4.pdf)

## Soziales

### **Kommission; Im Rahmen des SURE-Instruments weitere 13 Mrd. EUR an sechs Mitgliedstaaten ausgezahlt und Vorschlag für weitere 3,7 Mrd. EUR unterbreitet**

Die Kommission hat am 30.03.2021 im Rahmen des SURE-Instruments die sechste Tranche zur finanziellen Unterstützung in Höhe von 13 Mrd. EUR an sechs Mitgliedstaaten (MS) überwiesen und einen Vorschlag für die Zuweisung weiterer 3,7 Mrd. EUR unterbreitet. Mit SURE (European instrument for temporary Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency) will die Kommission die MS durch Darlehen dabei unterstützen, den plötzlichen Anstieg der öffentlichen Ausgaben für Maßnahmen zur Beschäftigungserhaltung (z.B. Kurzarbeit) zu bewältigen. So sollen die MS in die Lage versetzt werden, die Kosten zu tragen, die durch die Finanzierung der nationalen Vorschriften für kurzfristige Arbeit und ähnlicher Maßnahmen entstehen. Bisher sind insgesamt 75,5 Mrd. EUR aus dem SURE-Instrument in Form sogenannter Back-to-Back-Darlehen an 17 MS geflossen. Ziel der Kommission ist es,

durch die Emission von EU-SURE-Anleihen im Jahr 2021 weitere 13-15 Mrd. EUR aufzubringen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1467](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1467)

## Gesundheit und Verbraucherschutz

### **Kommission; Konsultation zur Kennzeichnung alkoholischer Getränke**

Am 26.03.2021 startete die Kommission die Rückmeldephase über den Entwurf einer delegierten Verordnung, die die technischen Spezifikationen für Spirituosen im Zusammenhang mit der neuen Spirituosenverordnung (2019/787) anpassen soll. Die Initiative zielt darauf ab, die EU-Kennzeichnungsvorschriften für alkoholische Getränke zu aktualisieren, die durch ihre Namen direkt oder indirekt auf Liköre und Spirituosen verweisen, aber keine Liköre und Spirituosen sind. Die Anpassung der Vorschriften, die die Verwendung des tatsächlichen Namens der Getränke vorschreiben, diene der korrekten Information und somit dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Bis zum 23.04.2021 können Rückmeldungen über die delegierte Verordnung eingereicht werden.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12653-  
Labelling-of-alcoholic-beverages-allusions-](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12653-<br/>Labelling-of-alcoholic-beverages-allusions-)

### **EU-Gesundheitsprogramm EU4Health in Kraft getreten**

Am 26.03.2021 ist das EU-Gesundheitsprogramm „EU4Health“ in Kraft getreten. Mit der Veröffentlichung der Verordnung (VO) im Amtsblatt werden 5,1 Mrd. EUR für den Zeitraum 2021-2027 bereitgestellt. Damit erfährt das nunmehr vierte EU-Gesundheitsprogramm eine deutliche Aufstockung gegenüber seinem mit 449,4 Mio. EUR ausgestatteten Vorgänger. Primäre Zielsetzungen sind die Verbesserung und Förderung der Gesundheit innerhalb der Union, der Schutz vor schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren, die Verbesserung der Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Erschwinglichkeit von Arzneimitteln, Medizinprodukten und krisenrelevanten Produkten sowie die Stärkung der Gesundheitssysteme, ihrer Widerstandsfähigkeit und Ressourceneffizienz. Die VO sieht vor, dass die Kommission zunächst eine Konsultation der Mitgliedstaaten durchzuführen hat, bevor sie in der EU4Health-Lenkungsgruppe das erste Arbeitsprogramm für 2021 annehmen wird. Mit der Umsetzung ist die neue Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales betraut, die zum 01.04.2021 eingerichtet wird.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_1344](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_1344)

### **Präsident des Europäischen Rates und WHO-Generaldirektor fordern internationalen Vertrag zur Pandemie-Prävention**

Am 30.03.2021 riefen Ratspräsident Charles Michel und WHO-Generaldirektor Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus gemeinsam mit mehr als 20 Staats- und Regierungschefs weltweit dazu auf, eine internationale Gesundheitsarchitektur zur Pandemie-Prävention zu errichten. Vor dem Hintergrund der COVID-19 Pandemie fordern sie einen internationalen Vertrag zur Pandemie-Prävention, um der globalen Dimension von grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren mit einem völkerrechtlichen Instrument Rechnung zu tragen. Gegenstand des Vertrages sollen laut den Petenten die Grundprinzipien und Strukturen zur Bekämpfung von Pandemien sein. Hierzu soll u.a. die Früherkennung von Pandemien und die Reaktion auf diese gehören, insbesondere, um einen universellen und gleichberechtigten Zugang zu medizinischen Lösungen wie Impfstoffen, Arzneimitteln und Diagnostika zu gewährleisten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/03/30/pandemic-treaty-op-ed/>

### **Kommission; Öffentliche Konsultation zur EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) gestartet**

Die Kommission hat am 31.03.2021 eine öffentliche Online-Konsultation zur Europäischen HERA-Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen eingeleitet. Mit der Behörde HERA (Health Emergency Preparedness and Response Authority) strebt die Kommission an, die Fähigkeit und Bereitschaft der EU zur Reaktion auf grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren und -notlagen zu stärken. Aufgrund der aktuellen Lage soll sie sowohl als Antwort auf die andauernde Covid-19-Pandemie dienen, jedoch auch mittel- und langfristig einen wichtigen Baustein einer europäischen „Gesundheitsunion“ darstellen. Durch Vorausschau, Beobachtung und die Nutzung von Marktinformationen soll HERA als feste Struktur medizinische Gegenmaßnahmen zu grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren planen und koordinieren. Die öffentliche Konsultation hierzu läuft bis zum 06.05.2021 und kann ein erstes Stimmungsbild auch ehrenamtlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure zu den Kommissionsplänen bieten.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1522](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1522)

### **Kommission; 123 Mio. EUR zur Bekämpfung von Virus-Varianten zur Verfügung gestellt**

Forschungskommissarin Mariya Gabriel hat am 07.04.2021 angekündigt, dass die Kommission 123 Mio. EUR zur Bekämpfung neuer Virus-Varianten zur Verfügung stellt. Die Mittel können im Rahmen von Förderaufrufen des Forschungsrahmenprogramms Horizont beantragt werden. Von den Mittel profitieren sollen Projekte:

- die neue regionale oder multinationale Kohorten zur Erforschung von Virus-Varianten einrichten,
- die die Weiterentwicklung und Erforschung vielversprechender Behandlungs- oder Impfstoffkandidaten für SARS-CoV-2/COVID-19 vorantreiben und welche die präklinische Entwicklung bereits abgeschlossen haben,
- mit welchen die Forschungsinfrastruktur für einen beschleunigten Datenaustausch zur Bekämpfung von Virusvarianten und Vorbereitung auf künftige Epidemien ausgebaut wird.

Die Förderungen sollen laut Kommission dazu beitragen, die Grundlagen für die von ihr angestrebten EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) aufzubauen, mit deren Hilfe die EU künftige Pandemien frühzeitig erkennen und besser bewältigen möchte.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1548](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1548)

U m w e l t

### **Kommission; Konsultation zu Leitlinien für die energetische Nutzung von forstwirtschaftlicher Biomasse**

Die Kommission hat am 31.03.2021 die Rückmeldephase zum Entwurf einer Durchführungsverordnung für Leitlinien zu den Kriterien für die Energieerzeugung aus forstwirtschaftlicher Biomasse eröffnet. Im Art. 29 der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (2018/2001) werden neue Nachhaltigkeitskriterien für die Wärme- und Stromerzeugung aus Biomasse und Biogas eingeführt, die auch für forstwirtschaftliche Biomasse gelten. Die Durchführungsverordnung enthält Leitlinien für Mitgliedsstaaten



und Wirtschaftsakteure, wie die Einhaltung dieser Kriterien nachgewiesen werden kann. Bis zum 28.04.2021 können Rückmeldungen über die Durchführungsverordnung eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12943-Guidance-on-REDII-forest-biomass-sustainability-criteria>

## Landwirtschaft

### **EP; Rat; „Super-Trilog“ zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik**

Am 26.03.2021 fand ein sogenannter „Super-Trilog“ zu der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) statt, bei dem alle drei Verordnungen, namentlich die Verordnungen über GAP-Strategiepläne (2018/0216/COD), über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der GAP (2018/0217/COD) und über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse (2018/0218/COD) verhandelt wurden. Entsprechend nahmen die drei Berichterstatter des EPs sowie der Vorsitzende des Agrarausschusses Norbert Lins (EVP, DEU), die den Rat vertretende portugiesische Landwirtschaftsministerin Maria do Céu Antunes sowie der Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans und der Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Janusz Wojciechowski teil. Nachdem die Verpflichtung der EU-Organe, bis Dezember 2020 die Reform zu beschließen, nicht eingehalten werden konnte, hat sich der portugiesische Ratsvorsitz zu einer Einigung bis zum Sommer 2021 verpflichtet. Die Verhandlungsparteien lobten die gemeinsamen Kompromissbestrebungen und zeigten sich optimistisch, die Verhandlungen im erklärten Zielzeitraum zum Abschluss bringen zu können. Demnach habe der Trilog grundsätzliche Einigungen über Leitlinien für Direktzahlungen, Transparenzbestimmungen und das Leistungskontrollsystem, insbesondere über dessen Indikatoren und zweijährige Durchführungsperioden gezeigt.

<https://www.2021portugal.eu/en/news/cap-reform/>

### **Kommission; Öffentliche Konsultation über die Absatzförderungs politik der EU**

Am 31.03.2021 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation über die Absatzförderungs politik innerhalb und außerhalb der EU. Die Konsultation ist Teil der in der „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie geplanten Nachhaltigkeitsüberprüfung und -verbesserung von Lebensmittelproduktion und -konsum. Die Absatzfördermittelpolitik zielt darauf ab, Landwirtinnen und Landwirte beim Verkauf ihrer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt zu unterstützen. Nun soll der Beitrag der Absatzförderungs politik unter anderem in Bezug auf die Nachhaltigkeitsziele der Landwirtschaft überprüft werden. Bis zum 23.05.2021 können Rückmeldungen zum Vorschlag einer Verordnung eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12782-EU-farm-and-food-products-review-of-policy-on-promotion-inside-and-outside-the-EU>

### **Kommission; Analyse des Agrarhandels für das Jahr 2020**

Am 31.03.2021 veröffentlichte die Kommission die jährliche Analyse des Lebensmittel- und Agrarhandels der EU für den Jahreszeitraum 2020. Verglichen mit 2019 stieg der Wert der Lebensmittelexporte der EU um 1,4% (auf 184,3 Mrd. Euro), der Wert der Lebensmittelimporte der EU um 0,5% (auf 122,2 Mrd. Euro). Somit wuchs der Exportüberschuss in der Handelsbilanz um 3% (auf 62 Mrd. Euro). Den größten Anstieg verzeichneten Lebensmittelexporte der EU in die Schweiz, nach China, den Mittleren Osten und Nordafrika, wohingegen die Exporte in die USA, Türkei und Singapur fielen. Trotz des Ausstiegs von GBR aus der EU stiegen die

Lebensmittelexporte der EU nach GBR um 467 Mio. Euro, während die Importe aus GBR um 1,2 Mrd. Euro fielen.

[https://ec.europa.eu/info/news/2020-year-stability-eu-agri-food-trade-2021-mar-31\\_en](https://ec.europa.eu/info/news/2020-year-stability-eu-agri-food-trade-2021-mar-31_en)

### **Kommission; Kurzfristige Prognose für den Agrarmarkt**

Am 30.03.2021 veröffentlichte die Kommission eine kurzfristige Prognose für den Agrarmarkt, die einen Überblick über aktuelle Trends und Aussichten der Agrarindustrie gibt. Der Agrarsektor habe demnach eine hohe Resilienz während der COVID-19-Krise bewiesen und profitierte von einem erhöhten Eigenverbrauch. Der Bericht erwartet eine erhebliche Verbesserung der Umsätze, sobald Restaurants, Bars und Cafés aufgrund der voranschreitenden Impfung der Bevölkerung wieder eröffnet werden können und sich die Nachfrage des Weltmarktes erholt habe. Einen außergewöhnlichen Anstieg der Produktion im Jahr 2020 verzeichneten insbesondere Olivenöl (um 10 %) und Orangen (um 8 %), während die Produktion von Zucker aufgrund der Vergilbungskrankheit in FRA auf ein 5-Jahres-Tief abfiel.

[https://ec.europa.eu/info/news/short-term-outlook-favourable-prospects-eu-agricultural-sectors-2021-mar-30\\_en](https://ec.europa.eu/info/news/short-term-outlook-favourable-prospects-eu-agricultural-sectors-2021-mar-30_en)

### **Kommission; Konsultation über das Verbot antimikrobieller Wirkstoffe für Tiere**

Am 26.03.2021 startete die Kommission die Rückmeldephase über den Entwurf einer delegierten Verordnung, die die Kriterien für die Bestimmung antimikrobieller Arzneimittel festlegen soll, die ausschließlich für die Behandlung von Menschen und somit nicht für die Verwendung bei Tieren bestimmt sind. Menschliche Arzneimittelresistenz sei eine wachsende Bedrohung der Gesundheit und mache es deshalb notwendig, einige Wirkstoffe ausschließlich für die Behandlung von Menschen vorzubehalten. Bis zum 23.04.2021 können Rückmeldungen über die delegierte Verordnung eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11570-Establishment-of-Criteria-for-the-designation-of-antimicrobials-reserved-for-human-use>

## Justiz

### **Kommission; weiteres Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen wegen Rechtsstaatlichkeit**

Die Kommission hat am 31.03.2021 beschlossen, Polen wegen des Justizgesetzes vom 20.12.2019, das am 14.02.2020 in Kraft trat, vor dem EuGH zu verklagen. Die Kommission hat ferner beschlossen, den Gerichtshof zu ersuchen, für die Zeit bis zum Erlass eines rechtskräftigen Urteils in der Sache einstweilige Anordnungen zu treffen. Nach Ansicht der Kommission untergräbt das polnische Justizgesetz die Unabhängigkeit der polnischen Richterinnen und Richter und ist nicht mit dem Grundsatz des Vorrangs des EU-Rechts vereinbar. Zudem hindere das Gesetz polnische Gerichte daran, bestimmte Bestimmungen des EU-Rechts zum Schutz der richterlichen Unabhängigkeit direkt anzuwenden und dem Gerichtshof Vorabentscheidungsersuchen zu diesen Fragen vorzulegen, indem etwa Disziplinarverfahren eingeleitet werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1524](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1524)



## **Eurojust; Jahresbericht 2020**

Am 23.03.2021 veröffentlichte die Agentur der EU für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) ihren Jahresbericht. 2020 wurden mehr als 8.800 Fälle bearbeitet, das bedeutet eine Steigerung von 13% gegenüber dem Vorjahr. Im Rahmen der justiziellen Zusammenarbeit wurden über Eurojust 2.209 Verdächtige verhaftet, Drogen im Wert von 3 Mrd. € beschlagnahmt und Vermögenswerte in Höhe von 1,9 Mrd. € eingefroren.

[https://www.eurojust.europa.eu/sites/default/files/Documents/pdf/eurojust\\_annual\\_report\\_2020.pdf](https://www.eurojust.europa.eu/sites/default/files/Documents/pdf/eurojust_annual_report_2020.pdf)

I n n e r e s

## **Rat; Mandat der Operation IRINI bis 2023 verlängert**

Mit Beschluss vom 26.03.2021 verlängerte der Rat im Anschluss an eine strategische Überprüfung das Mandat der Militäroperation der EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Mittelmeer (EUNAVFOR MED IRINI) bis zum 31.03.2023. Die Operation EUNAVFOR MED IRINI wurde am 31.03.2020 zur Unterstützung der Umsetzung des UN-Waffenembargos gegen Libyen, insbesondere durch die Kontrolle von Schiffen, eingeleitet. Mit luft-, satelliten- und seegestützten Mitteln werden Verstöße gegen das Embargo auf den See-, Luft- und Landrouten überwacht. Darüber hinaus sollen im Rahmen der Operation illegale Ausfuhren von u.a. Erd- und Rohöl überwacht, Kapazitäten bei der libyschen Küstenwache und Marine aufgebaut und zur Zerschlagung der Geschäftsmodelle von Schleuser- und Menschenhändlernetzen beigetragen werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/03/26/council-extends-the-mandate-of-operation-irini-until-2023/>

## **EASO; Ausbau der Schulungen für Asylbeamte in Kooperation mit GRI**

Am 26.03.2021 gab das europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) die Verstärkung von gemeinsamen Schulungsaktivitäten für Asylbeamte in GRI bekannt. Gemeinsam mit dem vermehrten Einsatz von EASO-Personal in GRI sei ein neuer Schulungsplan erarbeitet worden, um die Qualität und Effizienz des griechischen Asylsystems langfristig zu erhalten. Der Plan sehe eine Erhöhung der Anzahl von Fachbereichen, in denen Schulungen angeboten würden, vor und stelle die gemeinsame Umsetzung des Plans, u.a. durch gemeinsame Aktivitäten des griechischen und des EASO-Personals sicher. Insbesondere umfasse der Plan eine Reihe nationaler Train-the-Trainer-Sitzungen, die Unterstützung der griechischen Behörden bei der Einführung eines nationalen Schulungsplans, Coaching-on-the-Job-Sitzungen und thematische Schulungen für spezielle Einheiten der griechischen Asylbehörden und EASO-Teamleiter.

<https://easo.europa.eu/news-events/easo-and-greece-increase-joint-training-activities-asylum-officials>

## **Kommission; Abschluss der DSGVO-Angemessenheitsgespräche mit Südkorea**

Am 30.03.2021 gab die Kommission den Abschluss der Angemessenheitsgespräche bezüglich des Schutzes personenbezogener Daten zwischen der EU und Südkorea bekannt. Der Angemessenheitsdialog habe ein hohes Maß an Übereinstimmung hinsichtlich des Datenschutzes in der EU und in Südkorea ergeben. Auf der Grundlage des Verhandlungsergebnisses werde die Kommission nun das Beschlussfassungsverfahren gemäß Art. 45 Abs. 3 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) einleiten, an dessen Ende die Feststellung eines angemessenen

Schutzniveaus in Südkorea stehen soll. Eine solche erleichtert insbesondere Unternehmen den Austausch personenbezogener Daten zwischen der EU und Südkorea.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement\\_21\\_1506](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_21_1506)

## Bildung und Kultur

### **Kommission; Kultur; Einfuhr von Kulturgütern in die EU**

Die Kommission hat am 01.04.2021 bekannt gegeben, dass interessierte Kreise im Rahmen einer Konsultation der Generaldirektion Bildung und Kultur Rückmeldungen und Einschätzungen zur Frage der Regulierung des Imports von Kulturgütern geben können. Die Konsultation läuft bis zum 21.04.2021. Grundlage ist der Entwurf einer Durchführungsverordnung über Vorschriften für die Einfuhr in die EU. Im Rahmen der Initiative, mit der dem illegalen Handel mit Kulturgütern Einhalt geboten werden soll, werden detaillierte Bestimmungen für die Einfuhr von Kulturgütern in die EU aufgestellt, darunter für Befreiungen, die Erteilung von Einfuhrgenehmigungen, und die Einreichung von Zollanmeldungen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11562-Implementing-arrangements-for-the-import-of-cultural-goods>

## Information, Kommunikation und Medien

### **Kommission; Konsultation zum Verhaltenskodex gegen Desinformation**

Die Kommission hat am 01.04.2021 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation eröffnet. Der freiwillige Verhaltenskodex wurde 2018 von Facebook, Google, Twitter, Mozilla und Unternehmen aus der Werbebranche unterzeichnet, 2019 traten Microsoft und 2020 TikTok bei. Die Unterzeichner verpflichten sich mit dem Kodex, Desinformation im Netz proaktiv zu bekämpfen, indem sie u.a. Bots regulieren, die Werbefinanzierung unzuverlässiger Akteure einschränken und enger mit Faktenprüfern zusammenarbeiten. In ihrer Evaluation des Verhaltenskodex vom September 2020 hob die Kommission zwar dessen positive Wirkung hervor – insbesondere die Betonung verlässlicher Inhalte und die Sperrung verdächtiger Konten durch die Plattformen. Sie identifizierte jedoch auch einige Mängel, darunter die uneinheitliche Umsetzung des Kodex und das Fehlen von gemeinsamen Definitionen und Leistungsindikatoren. Vor diesem Hintergrund zielt die nun begonnene Konsultation darauf ab, den Verhaltenskodex schlagkräftiger zu machen und ihn insbesondere mit klaren Zusagen und Kontrollmechanismen auszustatten. Die Konsultationsfrist endet am 29.04.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12968-Guidance-on-tackling-disinformation>

## EU – Förderprogramme

### **Kommission; Dezentrale Antragstermine 2021 im Programm Erasmus+ Jugend veröffentlicht**

Die nationale Agentur für die Durchführung des Programms Erasmus+ Jugend in DEU hat jetzt die dezentralen Antragstermine für das Jahr 2021 veröffentlicht. Demnach gibt

es zwei Antragstermine in der Leitaktion 1. Die Leitaktion 1 biete non-formale und informelle Lernmöglichkeiten für junge Menschen und Fachkräfte der Jugendarbeit. Hierbei stünden die Mobilität und der internationale Austausch von Personen bzw. Gruppen im Vordergrund. Die Leitaktion 1 umfasse die folgenden Formate: Jugendbegegnungen, Mobilitätsprojekte für Fachkräfte der Jugendarbeit und Jugendpartizipationsprojekte. Außerdem gibt es im Programm zwei Wege, um Projekte in der Leitaktion 1 zu beantragen: Die Akkreditierung und das Einzelantragsverfahren. Beide Verfahren würden sich gegenseitig ausschließen, d.h. akkreditierte Träger könnten in Leitaktion 1 keine Einzelanträge mehr stellen. Die Termine für das Einzelantragsverfahren sind: 11.05.2021 für einen Projektbeginn zwischen dem 01.08.2021 und dem 31.12.2021 und 05.10.2021 für einen Projektbeginn zwischen dem 01.01.2022 und dem 31.05.2022. Anträge auf Akkreditierung können laufend eingereicht werden. Die Frist für den Budgetantrag für akkreditierte Projekte ist der 11.05.2021. In der Leitaktion 2 wird es ebenfalls zwei Antragsfristen im laufenden Jahr geben. Die Termine für 2021 sind: 20.05.2021 für einen Projektbeginn zwischen dem 01.11.2021 und dem 28.02.2022 und der 03.11.2021 für einen Projektbeginn zwischen dem 01.03.2022 und dem 31.05.2022. Die Leitaktion 2 soll Organisationen Möglichkeiten zum Auf- und Ausbau internationaler Kooperationen und zur eigenen Kapazitätsentwicklung, aber auch zur Erarbeitung qualitativer und innovativer Ergebnisse bieten. Unterschieden werde dabei zwischen zwei Projekttypen: Kooperationspartnerschaften zur Qualitätsentwicklung und Kapazitätsaufbau im Jugend- und Bildungsbereich, inklusive der Entwicklung innovativer Methoden und Praktiken und Small-scale Partnerships zum Aufbau erster internationaler Partnerschaften und Peer Learning. Auch die Beteiligung von Zielgruppen mit geringeren Chancen stehe im Vordergrund. Erasmus+ Jugend ist der Programmteil für alle jungen Menschen im Bereich der nicht formalen und informellen Bildung. Junge Menschen sollen über das Programm wichtige Schlüsselkompetenzen für ihre persönliche Entwicklung sowie für ihre gesellschaftliche und politische Partizipation erlangen. Das Programm will Solidarität und Toleranz über Grenzen hinweg stärken und soll junge Menschen zu einer aktiven europäischen Bürgerschaft ermutigen. Das Programm möchte außerdem Fachkräfte der Jugendarbeit dabei unterstützen, ihre professionellen Kompetenzen weiter zu entwickeln, um die Qualität ihrer Arbeit und ihrer Angebote zu steigern. Beteiligte Organisationen sollten sich besser vernetzen und ihre Kapazitäten ausbauen.

<https://www.erasmusplus-jugend.de/>

## V e r a n s t a l t u n g e n

### **Hessens Livestream: BUL hat am 04.04.2021 ein neues Parlament gewählt**

Der amtierende Ministerpräsident Borissow ist mit seiner Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens (GERB)“ zwar mit gut 26% weiterhin stärkste politische Kraft, doch große Chancen für eine erneute Koalitionsbildung sah Desislava Apostolova, EU-Korrespondentin des „Bulgarischen Nationalen Fernsehen (BNT)“ nicht. Auf Einladung von Europaministerin Lucia Puttrich hat sie die Wahlergebnisse am 06.04.2021 in Brüssel analysiert. In seinem Grußwort unterstrich Europastaatssekretär Mark Weinmeister u.a. die Wichtigkeit der Bewältigung der Corona-Krise sowie die Bekämpfung der Korruption in BUL. Er sprach auch die Nordmazedonien-Frage und das zukünftige Verhältnis von BUL zur EU an. Borissows Partei, die GERB, habe nach Auszählung von über 90% der Stimmen im Vergleich zur Wahl 2017 fast 7% der Wählerstimmen verloren, erklärte Apostolova. Wahlgewinner hingegen sei die neue Anti-Establishment-Partei „Es gibt

ein Volk (ITN)“ des Fernsehmoderators Trifonow, die aus dem Stand 17,73% erreichte, darunter waren viele Stimmen der Protestwähler aus den im Ausland lebenden zwei Mio. Bulgaren. Sie habe die „Bulgarische sozialistische Partei (BSP)“, den großen Wahlverlierer, mit nur noch 15,2% auf den dritten Platz verdrängt. Diese habe im Vergleich zur Wahl 2017 Stimmenverluste von 12% zu verzeichnen. Das neue liberale bürgerliche Wahlbündnis "Demokratisches BUL (DB)“, das sich aus zwei christlichen und einer grünen Partei zusammensetzt und sich für einen Rechtsstaat und für die Korruptionsbekämpfung stark macht, komme mit 10,4% an vierter Stelle, gefolgt von der Partei „Türkische Minderheit (DPS)“ mit 10,53%, führte Apostolova weiter aus. Auch die neue Bürgerplattform „Aufstehen BG Mafia raus!“ konnte mit 4,74% ins Parlament einziehen. Weitere Parteien hätten die 4% Hürde bei der Wahl vom 04.04.2021 nicht geschafft, u.a. die Partei VOLYA, die der bisherigen Koalitionsregierung angehörte. Die Wahlbeteiligung lag bei 40%. Veronika Fillitz, EU-Korrespondentin des ORF und Moderatorin der Veranstaltung, eröffnete die anschließende Diskussionsrunde mit der Frage nach dem Einfluss der Corona-Pandemie auf die Wahlen und nach der Bedeutung dieses Themas im Wahlkampf. Apostolova bestätigte, dass Corona und die Folgen Thema Nr.1 im Wahlkampf waren. Es sei in den medialen Debatten um fehlende Impfstoffe, die widersprüchliche Informationspolitik der Regierung und um deren schlechtes gesundheitspolitisches Krisenmanagement gegangen. Ein weiteres zentrales Thema sei Korruption gewesen. Auffallend sei auch, dass grüne Themen oder z.B. die Auswirkungen des Klimawandels nur eine untergeordnete Rolle im Wahlkampf gespielt hätten. Die Moderatorin stellte fest, dass die neu ins Parlament gewählte ITN offensichtlich populär sei, aber außer ihrer eindeutigen Absage an eine Koalition mit der GERB kein klares politisches Profil gezeigt habe. Apostolova bestätigte diese Einschätzung. Wie geht es weiter? Borissows Chancen, eine Regierung zu bilden, schätze sie als gering ein, da ihm die drei neuen Parteien und die BSP bereits eine Absage erteilt hätten. Sie führte weiter aus, dass Borissow bereits eine Expertenregierung vorgeschlagen habe, die bis Dezember die Verantwortung übernehmen soll, um die Corona-Pandemie zu meistern. Apostolova sah zwar eine Möglichkeit dafür, wies aber darauf hin, dass die Experten als Regierungsmitglieder von den Parteien im Parlament bestätigt werden müssten und schätzte ein solches Verfahren als einen sehr schwierigen Prozess ein. Neuwahlen hielt sie hingegen für eine realistische Option. Auswirkungen des Wahlergebnisses auf das Verhältnis zur EU sah sie nicht. Die Politik in BUL sei pro-europäisch, keine der größeren Parteien vertrete eine grundsätzlich EU-skeptische Haltung. Gleichzeitig bezeichnete sie die Korruption, die Manipulation von staatlichen Medien und die schlechte Informationspolitik der bisherigen Regierung als ernstes politisches Problem im Land.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### Rat

16.04.2021	Videokonferenz der Euro-Gruppe
16./17.04.2021	Videokonferenz der Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin)
19.04.2021	Rat (Auswärtige Angelegenheiten)
20.04.2021	Rat (Allgemeine Angelegenheiten)

22.04.2021 Informelle Videokonferenz auf Ministerebene „Energie“  
23.04.2021 Informelle Videokonferenz auf Ministerebene „Umwelt“

### **Europäische Kommission**

14.04.2021 Mitteilung über eine EU-Agenda zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (2021-2025)  
Mitteilung über eine neue EU-Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels

21.04.2021 Mitteilung über eine Taxonomie für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel  
Überprüfung der Richtlinie zur nichtfinanziellen Rechnungslegung  
Follow-up zum Weißbuch über künstliche Intelligenz  
Eine vertrauenswürdige und sichere europäische e-ID (tbc)  
Mitteilung über das Gesamtkonzept für Forschung, Innovation, Bildung und Jugend

### **Europäisches Parlament**

12.04.2021 -23.04.2021 keine Sitzungen.

### **Ausschuss der Regionen**

20.04.2021 ECON-Fachkommissionssitzung  
Gesetz über digitale Dienste und Gesetz über digitale Märkte (Abstimmung)  
Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele bis 2030 (Abstimmung)

22.04.2021 SEDEC-Fachkommissionssitzung  
Aktionsplan für die Sozialwirtschaft (Abstimmung)  
Zukunftsplan für Pflegekräfte und Betreuung – lokale und regionale Chancen für eine europäische Herausforderung (Abstimmung)  
Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020-2025 (Abstimmung)  
Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Orientierungsdebatte)

23.04.2021 COTER-Fachkommissionssitzung  
Die Zukunft der Regionalflughäfen – Herausforderungen und Chancen (Abstimmung)  
Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität: Den Verkehr in Europa auf Zukunftskurs bringen (Abstimmung)

## Europäischer Gerichtshof

- 15.04.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-30/19 (Braathens Regional Aviation): Feststellung der Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft
- 15.04.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-194/19 (État belge (Nach der Überstellungsentscheidung eingetretene Umstände)): Dublin-III-Verordnung: Überprüfung einer Überstellungsentscheidung
- 15.04.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-515/19 (Eutelsat): Satellitengestützter Mobilfunk- bzw. Internetanschluss für Flugzeuge
- 15.04.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-511/19 (Olympiako Athlitiko Kentro Athinon): Verbot der Diskriminierung wegen des Alters
- 15.04.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-65/20 (KRONE – Verlag): Verschuldensunabhängige Produkthaftung einer Tageszeitung für unrichtigen Gesundheitstipp?
- 15.04.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-564/19 (IS (Rechtswidrigkeit des Vorlagebeschlusses)): Richterliche Unabhängigkeit in Ungarn
- 15.04.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-233/20 (job-medium): Finanzielle Abgeltung für nicht genommenen Urlaub
- 15.04.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-561/19 (Consortio Italian Management e Catania Multiservizi): Vorlagepflicht letztinstanzlich entscheidender Gerichte; Preisanpassungen im Rahmen öffentlicher Aufträge
- 15.04.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-487/19 (W. Ż. (Kammer für außerordentliche Überprüfung des polnischen Obersten Gerichts - Ernennung)): Richterliche Unabhängigkeit
- 15.04.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-508/19 (Prokurator Generalny (Disziplinarkammer des polnischen Obersten Gerichts – Ernennung)): Richterliche Unabhängigkeit

- 15.04.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-882/19 (Sumal): Haftet Tochtergesellschaft für Kartellrechtsverstoß der Muttergesellschaft?
- 15.04.2021 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-490/20 (Stolichna obshtina, rayon „Pancharevo“): Anerkennung einer Geburtsurkunde, in der zwei Mütter angegeben sind
- 15.04.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-911/19 (FBF): Leitlinien der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde
- 15.04.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-18/20 (Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (Erneuter Antrag auf internationalen Schutz)): Unzulässigkeit von Folgeanträgen in Österreich
- 20.04.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-896/19 (Repubblika): Ernennung von Richtern in Malta
- 22.04.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-826/19 (Austrian Airlines): Flugumleitung auf einen nahegelegenen anderen Flughafen
- 22.04.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-537/19 (Kommission / Österreich (Anmietung eines noch nicht errichteten Gebäudes)): Vergaberecht
- 22.04.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-401/19 (Polen / Parlament und Rat): Haftung von „Diensteanbietern für das Teilen von Online-Inhalten“
- 22.04.2021 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-109/20 (PL Holdings): Schiedsverfahren bei Investitionsstreitigkeiten

## **EuG**

- 14.04.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-378/20 (Ryanair / Kommission): Covid-19-Krise: Staatliche Beihilfen Dänemarks zugunsten von SAS
- 14.04.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-379/20 (Ryanair / Kommission): Covid-19-Krise: Staatliche Beihilfen Schwedens zugunsten von SAS
- 14.04.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-388/20 (Ryanair / Kommission): Covid-19-Krise: Staatliche Beihilfen Finnlands zugunsten von Finnair



- 21.04.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-44/20 (Chanel / EUIPO – Huawei Technologies): Markenstreit um Kreis mit zwei ineinander verschlungenen gekrümmten Linien
- 22.04.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-584/19 (thyssenkrupp / Kommission): Untersagung der Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens durch Tata Steel und ThyssenKrupp
- 23.04.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-677/20 (Ryanair und Laudamotion / Kommission): Covid-19-Krise: Staatliche Beihilfen Österreichs für Austrian Airlines

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 23.04.2021.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA